



NIEDERSÄCHSISCHER LANDTAG

Christian Dürr

Mitglied des Landtages
Umweltpolitischer Sprecher
der FDP-Landtagsfraktion

Wahlkreisbüro

Brookdamm 40
27777 Ganderkesee
Tel.: (04222) 400 0850
Fax: (04222) 400 0860

Landtagsbüro

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Tel.: (0511) 3030-3405
Fax: (0511) 3030-99-3405

Internet

www.christian-duerr.de
christian.duerr@lt.niedersachsen.de

Rede zur Aktuellen Stunde:

b) Global reden - lokal blockieren: Wie Ministerpräsident Wulff und seine CDU/FDP-Koalition in der Verkehrspolitik den Klimaschutz torpedieren

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drs. 15/3614

112. Sitzung des Niedersächsischen Landtags am 06. März 2007

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

In den vergangenen Wochen hat es wohl keinen Tag gegeben, an dem sich nicht irgendein Politiker zum Thema Klimaschutz geäußert und irgendeinen Vorschlag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen gemacht hat. Die Vorschläge waren zahlreich: Urlaub nur noch im Inland, Ticketabgabe, Kfz-Steuer für CO₂, Sonntagsfahrverbot usw. Es ist sogar so weit gekommen, dass ein SPD-Bundesumweltminister zunächst ein Tempolimit auf den Autobahnen für mehr Klimaschutz fordert, dann zurückzieht und sagt, es gehe ihm gar nicht um den Klimaschutz, sondern um die Reduzierung der Zahl von tödlichen Unfällen. Daraufhin meldet sich sein Kabinettskollege und Parteifreund, der Bundesverkehrsminister, zu Wort und sagt, die Mehrzahl der tödlichen Unfälle ereigne sich nicht auf Autobahnen, sondern innerorts oder auf Landstraßen, also dort, meine Damen und Herren, wo es ohnehin schon Tempolimits gibt.

(Zuruf von Hans-Dieter Haase [SPD])

Die deutsche Debatte zum Klimaschutz hat einen Grad der Skurrilität erreicht, der kaum noch zu überbieten ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es ist schon interessant, wie Politiker auch hier im Landtag die niedersächsischen Standorte eines Flugzeugherstellers verteidigen, aber die Nutzung der Produkte, nämlich der Flugzeuge, am liebsten verbieten möchten.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Wir müssen endlich eines begreifen: Zum Klimaschutz braucht es nicht irgendwelche Vorschläge von irgendwelchen Politikern, sondern es muss - wie wir das in allen anderen Bereichen fordern, z. B. in der Finanzpolitik - um Effizienz gehen, meine Damen und Herren. Ich will aus einem Artikel der *Financial Times Deutschland* - daraus ist vorhin schon zitiert worden - vom 22. Februar zitieren. Unter der Überschrift „Faktor 10“ hat Professor Weimann von der Uni Magdeburg Folgendes ausgeführt:

„Wenn die Pläne der Europäischen Kommission realisiert werden, Autobauern (und damit Autofahrern) strenge Emissionsgrenzwerte vorzuschreiben, wird dadurch zweifellos CO₂ eingespart. Nur leider kostet dann jede eingesparte Tonne zehnmal so viel wie eine Tonne Einsparung bei der Energieerzeugung.“

Meine Damen und Herren, genau darum geht es. Für jeden Euro, den wir als Volkswirtschaft für den Klimaschutz einsetzen, muss eben möglichst viel Klimaschutz erreicht werden. Alles andere wäre nichts als Verschwendung und schlicht dumm.

(Zustimmung bei der FDP)

In einer Marktwirtschaft gibt es genau einen Weg, um dies zu schaffen, nämlich den Markt selbst. Nur er, und eben nicht der Staat, ist in der Lage, für einen effizienten Klimaschutz zu sorgen. Diese Regel, also die Aufgabentrennung von Staat und Markt, haben wir in der Vergangenheit aber sträflich vernachlässigt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Der Staat muss festlegen, wie viele Emissionen insgesamt ausgestoßen werden dürfen. Die Umsetzung, meine Damen und Herren, muss dann im Markt geschehen. Der Markt wird von sich aus den kostengünstigsten Weg finden. Instrumente dafür haben wir, z. B. den Emissionshandel. Nichts wäre sinnvoller, als beispielsweise den Luftverkehr hier mit einzubeziehen, und zwar global. Nur so werden wir am Ende einen Erfolg bei der Reduzierung von CO₂ Emissionen haben. Vor allem, meine Damen und Herren: Nur so können wir auf die Akzeptanz der Menschen hoffen.

(Beifall bei der FDP)

Der Staat soll, kann und – vor allem: - darf sich nicht anmaßen, zu wissen, wer am besten wann wie viel CO₂ einsparen sollte. Aber leider ist die Debatte ideologisch eingefärbt.

Meine Damen und Herren, ob es uns nun passt oder nicht: Nicht der Opel in der Garage, sondern das Dreiliterauto auf der Autobahn stößt CO2 aus. Genau deshalb gehört die Kfz Steuer, die lediglich die Zulassung eines Autos besteuert, abgeschafft, ganz egal, ob sie nach dem Hubraum oder dem theoretischen CO2-Ausstoß bemessen ist.

(Beifall bei der FDP)

Sie muss auf den tatsächlichen Verbrauch umgelegt werden. Das reduziert nicht nur Bürokratiekosten, sondern ist der einzige Weg, die tatsächlichen Emissionen zu besteuern.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will noch eines zum Thema „Tempo 30“ sagen, weil das von Herrn Will und Herrn Wenzel angesprochen worden ist. Herr Rösler hat in einer Debatte zu Recht gesagt, dass wir dort Tempo 30 brauchen, wo es der Sicherheit angemessen ist. Nicht umsonst unterstützen wir gemeinsam mit der Landesregierung, dass Tempo 30 flächendeckend beispielsweise vor Schulen eingeführt wird. Aber dort, wo dadurch mehr Emissionen verursacht werden - meine sehr verehrten Damen und Herren von den Grünen und der SPD, die Gutachten kennen auch Sie -, brauchen wir eben keine flächendeckenden Tempo-30-Zonen, sondern genau da geht es um die Stetigkeit des Verkehrs. Wie schlecht Verkehrspolitik gemacht werden kann, das erleben wir alle, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier in der rot-grün geführten Landeshauptstadt Hannover.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Debatte um den Klimaschutz gehört wieder vom Kopf auf die Füße gestellt. Die Zeit der dümmlichen Vorschläge, die darauf abzielen, wie man das Leben der Menschen am besten noch mehr staatlich vorgeben kann, muss endlich vorbei sein. Meine Damen und Herren, fangen wir heute damit an.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Unruhe)

Quelle: Stenographischer Bericht der 112. Sitzung des Niedersächsischen Landtags, herausgegeben am 13. März.